

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Kassenabteilung des Postamtlichen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprechnummer Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Die Anzeigen für die Anzeigen- und die Kassenabteilung des Postamtlichen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprechnummer Nr. 22.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1949

Nr. 279

Mittwoch, den 1. Dezember 1926

21. Jahrgang

Schund- und Schmutz-Debatte im Reichstag.

Berlin, 30. November.

In der gestrigen Reichstags-Session, die Präsident Lohde nachmittags 8 Uhr eröffnete, wurde die Eingangsberatung des Gesetzesentwurfs zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften fortgesetzt.

Abg. Dr. Kunkel (D. Sp.) wendet sich gegen Angriffe, die gegen die Gesetzgebungsarbeit des Reichstags in Verbindung mit dem vorliegenden Entwurf erhoben worden sind.

Der Bevollmächtigte Bayerns im Reichstag, Ministerialrat Freiherr v. Imhoff, gibt, dann eine Erklärung ab, daß Bayern sich dem von der preussischen Regierung eingenommenen Standpunkt nicht anschließen könne. Wenn die Landesstellen durch eine Reichsstelle ersetzt würden, so müßte Bayern im Reichsrat Einspruch gegen das Gesetz erheben. Bayern verlange die Anwendung der allgemeinen Grundsätze der Reichsverfassung.

Abg. Dr. Heuß (Dem.) erklärt, der Reichstag habe seinen Anspruch, sich in den Streit der Länder einzumischen. Der Redner beantragt,

an Stelle der Landesprüfstellen eine Reichsprüfstelle, der außer dem beamteten Vorsitzenden vier Sachverständige angehören sollen, von denen je einer den Kreisen des Buch- und Kunsthandels, des Schrifttums und der Kunst, der Jugendwohlfahrt und der Volkserziehung zu entnehmen ist. Winderlichen müßte aus der Ausschufassung die Bestimmung gestrichen werden, wonach bei der Auswahl der Sachverständigen die Vertreter der Kirchen besonders berücksichtigt werden sollen.

Abg. Rheinländer (Zent.) lehnt die demokratischen und sozialdemokratischen Änderungsanträge ab. Die Prüfstellen müßten von den Ländern eingerichtet werden. Die Zentrumsfraktion müsse ihre Verwunderung darüber äußern, daß unanständig nach der Begründungsrede des Reichsinnenministers der Vertreter der preussischen Regierung sich erhob, um ihn zu bespödeln. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags denke in dieser Frage sicherlich ebenso wie die Reichstagsfraktion.

Abg. Frau Müller-Diesfeld (Deut. Nat. Sp.) bezeichnet die Protestbewegung gegen das Gesetz als künstliche Sache. Die betroffenen Mitglieder der Prüfstellen seien die Geistlichen, Lehrer und Lehrerinnen, auch die tätigen Mitglieder der inneren Mission und der Caritasverbände.

Abg. Hörule (Komm.) wendet sich scharf gegen das Gesetz, dessen Volksfeindlichkeit dadurch am besten gekennzeichnet sei, daß die bayerische Regierung sich dafür einsetzt. Der Redner begründet kommunistische Änderungsanträge, wonach die Prüfstelle mit Vertretern proletarischer Jugend- und Kulturorganisationen besetzt werden soll.

Abg. Frau Dr. Mag (D. Sp.) begründet einen Antrag ihrer Partei, der die Einrichtung mehrerer Reichsprüfstellen vorseht, die vom Reichsinnenministerium im Benehmen mit den Landesregierungen einzurichten seien, deren Entscheidungen dann für das ganze Reich zu gelten hätten. Es könnte hier ähnlich wie beim Glücksspielgesetz verfahren werden, so daß z. B. auch in München eine Reichsprüfstelle ihren Sitz haben könnte. Weiter wünscht die Rednerin, durch Zuerkennung eines weiteren Beisitzers das Schwergewicht der Kreise der Kunst und Literatur zu stärken. Um auch den Schein einer geistigen Freie zu vermeiden, werde die Deutsche Volkspartei für den sozialdemokratischen Antrag auf öffentliche Verhandlung der Prüfstellen stimmen.

Abg. D. Dr. Nahl (D. Sp.): Als Mitglied der obersten evangelischen Behörde will ich meine Haltung zu dem § 8 der Vorlage, der eine besondere Berücksichtigung der Vertreter der Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Artikel 137 der Reichsverfassung vorsieht, motivieren. Nach eingehender Überlegung bin ich zu dem Standpunkt gelangt, diesen Paragraphen abzulehnen, und zwar deshalb, weil die dadurch der Kirche auferlegte Verantwortung in keinem Verhältnis steht zu der Macht, die ihr schließlich bei der Entscheidung eingeräumt ist. Artikel 137 umfaßt ja auch Vereinigungen kirchlicher Weltanschauungen usw. Für jeden Nihilisten aber würde die Kirche verantwortlich gemacht werden. Ich möchte die Kirche nicht in diesen Kampf hineingezogen wissen. Ich bin grundsätzlicher Anhänger des ganzen Gesetzesentwurfs und habe mich durch alle Ausführungen gegen das Gesetz nicht beeinträchtigen lassen. Ich werde dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen.

Abg. Dr. Hofensbaum (Komm.) tritt nochmals für die Herauslösung der politischen Zeitschriften usw. aus dem Gesetz ein.

Damit schließt die Aussprache zum Gesetz. Es folgen die Abstimmungen zu den einzelnen Paragraphen.

und den dazu gestellten Änderungsanträgen. Beim § 1 werden ein kommunistischer Streichungsantrag und ein sozialdemokratischer Änderungsantrag abgelehnt. Ein Antrag Dr. Heuß (Dem.) will die Bestimmung streichen, daß Zeitschriften für ein volles Jahr auf die Liste kommen können, wenn zwei Nummern auf die Liste gesetzt worden sind. Dieser Antrag wird im Sammelspruch mit 188 gegen 169 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird im Sammelspruch mit 197 gegen 124 Stimmen ein Antrag der Deutschen Volkspartei, wonach die Zeitschrift für ein Jahr erst auf die Liste

kommen kann, wenn mehr als zwei Nummern beanstanden worden sind. Mit großer Mehrheit wird ein Antrag der Volkspartei angenommen, wonach politische Zeitschriften ebensowenig wie politische Tageszeitungen auf die Liste gesetzt werden dürfen. § 1 wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und die Mehrheit der Demokraten angenommen.

Beim § 2 wird namentlich abgestimmt über den demokratischen Antrag, der statt der Landesprüfstellen eine Reichsprüfstelle einlegen will. Der Antrag wird mit 191 gegen 181 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. Dafür haben neben den Antragstellern die Sozialdemokraten, Kommunisten, W. L. H. und viele Mitglieder der Deutschen Volkspartei gestimmt. Abgelehnt wird auch der Antrag der Deutschen Volkspartei, wonach Prüfstellen vom Reiche im Benehmen mit den Landesregierungen und eine Oberprüfstelle in Berlin gebildet werden sollen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt mündliche und öffentliche Verhandlung vor der Entscheidung der Prüfstellen. Dazu wird ein völksparteilicher Änderungsantrag angenommen, der die Öffentlichkeit aufhebt. Der so geänderte sozialdemokratische Antrag wird im Sammelspruch mit 187 gegen 177 Stimmen angenommen.

Bei der Gesamtabstimmung über den § 2 wird dieser Paragraph unter großer Bewegung im Hause abgelehnt. Die Mehrheit der Deutschen Volkspartei hat mit den Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen gestimmt.

Beim § 3, der die Zusammensetzung der Prüfstellen

regelt, wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Dr. Heuß (Dem.) — ein Vorkhender, vier Sachverständige — mit 347 gegen 86 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag Dr. Heuß (Dem.), der die Bestimmung über die besondere Berücksichtigung der Kirchenvertreter streichen will, wird gleichfalls abgelehnt. Für den Antrag stimmten außer der Linken auch die W. L. H. und eine Minderheit der Deutschen Volkspartei. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der verlangt, daß nur bei Übereinstimmung von wenigstens sechs von den sieben Mitgliedern der Prüfstelle eine Schrift in die Liste aufgenommen werden kann, wird abgelehnt.

Nach Ablehnung weiterer Änderungsanträge der Sozialdemokraten wird § 3 in der Gesamtabstimmung im Sammelspruch mit 190 gegen 178 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

§ 4, der die Verfahrensvorschriften enthält, wird mit unwesentlichen Änderungen angenommen.

Zum § 5 liegt ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei vor, wonach das Reich die Kosten der Errichtung der Reichsprüfstellen trägt. Präsident Lohde macht darauf aufmerksam, daß vorher die Reichsprüfstellen abgelehnt worden seien. Der Antrag wird aber aufrechterhalten und mit großer Mehrheit angenommen. Die §§ 5, 6 und 7 werden gegen die Linke angenommen. Damit ist die zweite Beratung der Vorlage erledigt.

Das Haus überweist ohne Aussprache das Lebensmittelgesetz und Anträge auf Änderung des Reichsmietengesetzes den zuständigen Ausschüssen und vertagt sich um 8 1/2 Uhr auf Dienstag, 8 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Nachtragsetats für die besetzten Gebiete.

Ein polnisches Machwerk?

Meuterei im Gleiwitzer Gefängnis.

Gleiwitz, 29. November. Am 28. November abends 10.45 Uhr sind aus dem hiesigen Gefängnis nach Ueberrückung der dienleistenden Beamten, von denen einer erschossen und einer in eine Zelle gesperrt worden ist, zehn Gefangenen entwichen. Der Regierungspräsident hat auf die Ergreifung der Entwichenen eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Bei dem Ueberfall auf das Gleiwitzer Gefängnis scheint es sich nach Meldungen einer Berliner Korrespondenz um

ein Verbrechen mit politischem Hintergrund

zu handeln, da sechs der gewalttätig befreiten Häftlinge wegen Spionage zugunsten Polens verurteilt sind. Am Sonntag

mittag soll ein großer achtsitziger Kraftwagen mit drei Insassen, darunter eine Frau, von jenseits der Grenze in Gleiwitz eingetroffen sein, wo er noch drei Personen aufgenommen hat. Gegen 11 Uhr nachts hat dieser Wagen in einer dunklen Seitenstraße am Gefängnisgebäude Aufstellung genommen, und die fünf an dem Unternehmen beteiligten Männer haben eine Seitentür des Gefängnisses mit Nachschlüssel geöffnet. Bei dem bereits gemeldeten Kampf im Innern des Gefängnisses soll der eine Justizwachmeister den Führer der Eindringlinge als einen gewissen Smolka erkannt haben, der wegen Spionage zugunsten Polens im Rastiborer Gefängnis lag und gelegentlich der Ueberführung nach Stettin nach Polen entflohen ist. Bei den vier übrigen Befreiten handelt es sich um Leute, die wegen Kriminalverbrechen verurteilt sind.

England und die deutsche Abrüstung.

London, 30. Nov. Zu der Meldung, die britische Regierung habe eine Denkschrift an die Regierungen von Paris, Rom und Brüssel mit einem „Mindestprogramm“ gesandt, dessen Erfüllung von Deutschland vor dem Zurückziehen der alliierten Militärkontrollkommission verlangt werden solle, schreibt der diplomatische Berichterstatler des „Daily Chronicle“: Ein solches „Mindestmaß“ gibt es nicht. Chamberlain hat die Möglichkeit, die Deutschland vorzuschlagenden Bedingungen in Genuß zu behandeln. Ein solches Programm könne höchstens eine Verhandlungsgrundlage darstellen. Dem „Daily Telegraph“ zufolge findet ein fast täglicher Meinungsaustausch über die deutsche Abrüstung zwischen London und Paris statt, unter denen einige Meinungsverschiedenheiten beständen. Ueber die Möglichkeit einer „Wiermählkonferenz“ im Anschluß an Genuß sagt der diplomatische Berichterstatler des „Pitts“, London und Rom finden im Zusammenhalten der Westmächte eine Erneuerung des alten Kongress in veränderter und verbesserter Form, durch das auf Frieden und Ordnung bei den kleinen Nationen hingewirkt werden könne.

Die Besprechungen über die Entwaffnung Deutschlands.

London, 29. November. Weiter erfährt, daß die Besprechungen über die Entwaffnung Deutschlands in der nächsten Woche von den Ministern des Neuhern der Alliierten und Deutschland in Genuß fortgesetzt werden. Man hoffe, zu einer Verständigung über die Uebertragung der Befugnisse der Internationalen Kontrollkommission auf ein Völkerbundsorgan zur Ueberwachung der deutschen Rüstungen zu gelangen und die Zusammensetzung sowie die Vollmacht dieses Organs festzusetzen.

Abreise Sir Eric Drummonds.

Berlin, 29. Nov. Heute Abend hat sich der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, wieder nach Genuß begeben. Wie bereits mitgeteilt, ist Sir Eric Drummond mit dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen zusammengetroffen und hat mit den zuständigen Herren des Auswärtigen Amtes in eingehenden Besprechungen die mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates zusammenhängenden technischen Fragen erörtert, wie er es in gleicher Weise in Paris und London getan hat.

Die deutsche Delegation für Genuß.

Die deutsche Delegation für Genuß setzt sich voraussichtlich aus folgenden Herren zusammen: Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Staatssekretär v. Schubert, Ministerialdirektor Dr. Gaus, dem Dirigenten des Völkerbundsreferates v. Balow und Gesandtschaftssekretar Volge.

1927 keine Abrüstungskonferenz!

In einer gestern in Genuß abgehaltenen Pressekonferenz teilte Lord Robert Cecil mit, nach seiner Ansicht sei nicht mehr damit zu rechnen, daß die Internationale Abrüstungskonferenz im nächsten Jahre stattfinden werde.

Zu den deutsch-englischen Industriellenbesprechungen.

London, 30. Nov. Der Berliner Berichterstatler der „Westminster Gazette“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß als Fortsetzung der am Freitag und Sonnabend in London stattfindenden Industriellenkonferenz eine weitere Konferenz in Berlin Ende Februar oder Anfang März geplant sei. Schließ- lich werde demnach in London und Berlin ein gemeinsames Sekretariat im Zusammenhang mit diesen Besprechungen eingerichtet werden.